

# Indien im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

## Razzia der Steuerbehörde

Am Morgen des 16. Septembers führten Beamte des *Enforcement Directorate* (ED) Razzien in den Büros des unabhängigen Zentrums für Forschung und Advocacy (*Centre of Equity Studies*, CES) in Delhi durch. Beim ED handelt es sich um eine Strafverfolgungsbehörde, die für die Durchsetzung der Wirtschaftsgesetze und die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zuständig ist. Sie ist Teil der Steuerabteilung des Finanzministeriums. Das Zentrum CES wird von Harsh Mander geleitet. Der ED durchsuchte auch das Privathaus von Mander in Vasant Kunj und gleichzeitig ein Kinderheim der Einrichtung *Ummeed Aman Ghar* in Mehrauli, die mit der CES kooperiert. Einzelheiten sind bislang nicht bekannt, aber in der NGO-Szene in Indien geht die bange Frage um, ob kritische NGOs jetzt mittels Steuerverfolgung mürbe gemacht werden sollen. Harsh Mander hält sich derzeit auf Einladung der Robert-Bosch-Akademie in Berlin auf. Er ist dort Stipendiat des renommierten *Richard-Von-Weizsacker-Fellowship*. Harsh Mander und CES waren im vergangenen Jahr schon von mehreren staatlichen Stellen schikaniert worden. Es gab böswillige Anschuldigungen der Nationalen Kommission für den Schutz der Kinderrechte (NCPCR), die jedoch von der Delhi-Kommission für den Schutz der Kinderrechte (DCPCR) entkräftet wurden. Allerdings konnten erst eidesstattliche Erklärungen beim *High Court* in Delhi den falschen Anschuldigungen gegen den CES ein Ende setzen.

## Blockade gegen NGOs bei der UNO

Die Europäische Union (EU) forderte im UN Ausschuss für NGO-Angelegenheiten anlässlich der 75. Tagung der UN-Generalversammlung Indien auf, die Praxis zu beenden, Anträge von NGOs auf den beratenden Status beim UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) zurückstellen zu lassen – und damit faktisch nicht zuzulassen. Dieser beratende Status ermöglicht unter anderem ein Rederecht beim UN-Menschenrechtsrat. Die EU benannte fünf konkrete Fälle, darunter das Internationale Dalit Solidaritätsnetzwerk (IDSN). IDSN stellt diesen Antrag seit über einem Jahrzehnt und erhielt zwischenzeitlich rund 100 schriftliche Fragen. Die Beratungen über solche Anträge sind vertraulich, aber die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass Indien mit den Fragen immer wieder eine Zurückstellung des Antrags bewirkte. Mehrfach haben hochran-

gige UN-Repräsentant(inn)en, darunter der frühere Hochkommissar für Menschenrechte, öffentlich gefordert, diesen beständigen Aufschub des Antrags zu beenden.

## Zweifel an Corona-Zahlen

Das *Center for Global Development* in den USA schätzt in einer Studie vom August, dass die Übersterblichkeit in Indien seit Pandemiebeginn bis zu 4,7 Millionen Tote betragen könnte. Damit wäre nach Berechnungen der Forscher/-innen eine vielfach höhere Zahl von Menschen gestorben als offiziell angegeben. Das Institut wertete mehrere Quellen zur Übersterblichkeit aus, die eine Bandbreite von 3,4 bis 4,9 Millionen zusätzlicher Toter seit Pandemiebeginn auswies. Die Forscher/-innen betonten, dass sie keine Schlüsse über die Todesursachen ziehen können, dass aber der reine Zahlenwert zur Übersterblichkeit auf jeden Fall bei mehreren Millionen und nicht bei Hunderttausenden liegt. Indien hat offiziell 414.000 Corona-Todesfälle vermeldet. Zweifel an den Zahlen aus Neu Delhi waren immer wieder geäußert worden, weil allein das Gesundheitssystem des Landes schlicht überfordert war.

## UN-Fachausschuss stellt Fragen

Der UN-Fachausschuss zur Antirassismuskonvention (CERD) hat im August eine Liste von Fragen an die indische Regierung geschickt (Dokument CERD/C/IND/QPR/20-21), um das anstehende Staatenberichtsverfahren (20.-21. Berichtsperiode) besser informiert durchführen zu können. Zum Artikel 1 der Konvention unterstreicht der Fachausschuss, dass Kastendiskriminierung ein Tatbestand ist, der zu behandeln ist. Der Ausschuss fragt daher nach Informationen, die Aufschluss darüber geben, was die indische Regierung hier unternommen hat, um der Diskriminierung entgegen zu wirken. Außerdem soll die Regierung Informationen über Maßnahmen vorlegen, um alle Adivasi als eigenständige Gruppen anzuerkennen, die nach nationalem und internationalem Recht auf besonderen Schutz haben, einschließlich derjenigen, die auf Plantagen in Assam arbeiten. Mit Bezug auf Artikel 2 der Konvention fragt der Ausschuss, inwieweit sogenannte Dalit-Muslime und Dalit-Christ(inn)en sowie alle Mitglieder der *Scheduled Castes* und *Scheduled*

*Tribes*, die zu einer anderen Religion konvertiert sind, in den Genuss von Fördermaßnahmen und der Bestimmungen des Gesetzes *Scheduled Castes and the Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Amendment Act, 2015* kommen. Ferner möchte der Ausschuss wissen, ob die Nationale Menschenrechtskommission ein Mandat zur Entgegennahme und Prüfung von Beschwerden über rassistische Diskriminierung hat. Informationen werden weiterhin zu Maßnahmen erbeten, die ergriffen wurden, um sicherzustellen, dass die Entscheidung, den Sonderstatus von Jammu und Kaschmir zu beenden und neue Gesetze zu erlassen, nicht zu einer Diskriminierung von Minderheiten aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft führt, auch nicht in Bezug auf Beschäftigung und Landbesitz. Weitere Fragen beziehen sich auf die Straffreiheit von Tätern bei Gewalt gegen Dalit- oder Adivasi-Frauen, drohende Staatenlosigkeit durch das ergänzte *National Register of Citizens* in Assam, die Garantie von Landbesitz im Rahmen der Forstpolitik, zum Verbot des manuellen Latrinenreinigens oder zur fortbestehenden, gesellschaftlichen Akzeptanz von Kastendiskriminierung.

### Hass in der Gesellschaft

Eine mögliche Antwort auf die vorherigen Fragen gibt Ram Puniyani in seinem Artikel Ende August (*Combating Hate in a Plural Society: Scattered attacks on Muslims*) für das Online-Portal *Countercurrents*. Er berichtet von einem Markt in Mathura (Uttar Pradesh). Ein *Dosa*-Stand mit *Srinath Dosa* Outfit wurde von radikalen Hindu-Anhängern verwüstet und der Besitzer, Irfan, bedroht, den hinduistischen Namen für seinen Imbiss zu entfernen oder am besten den Markt zu verlassen. In Rajasthan wurde ein 52-jähriger Riksha-Fahrer verprügelt und aufgefordert, „*Jai Shri Ram*“ zu rufen und am besten nach Pakistan auszureisen. In Ajmer (Rajasthan) wurde ein muslimischer Bettler ebenfalls aufgefordert, nach Pakistan auszuwandern.

### Religionsfreiheit

Das in den USA ansässige *Pew Research Centre* veröffentlichte im Juni eine Studie, wonach Indiens Bevölkerung vielfältig und gläubig ist. Die Studie beruht auf Interviews, und denen zufolge fühlt ein Großteil der Inder/-innen sich frei in der Religionsausübung. Die Interviewten fanden es wichtig, alle Religionen zu respektieren. Die großen Religionsgruppen wollen aber bevorzugt getrennt von den

anderen leben. Religionsübergreifende Hochzeiten und Freundschaften seien selten. Laut *Pew Research Centre* seien häufig beide Positionen zu beobachten: Toleranz gegenüber anderen bei gleichzeitiger Beschränkung der persönlichen Kontakte entlang religiöser Linien. Ein Hindu mag nicht an Gott glauben, bleibt aber für die hinduistische Mehrheit trotzdem ein Hindu. Wenn aber jemand Rindfleisch isst, hat er oder sie sich disqualifiziert, ein Hindu zu sein. Das Thema Essgewohnheiten hat sich außerdem in der letzten Dekade unter der Regierung der BJP zugespitzt. In den von der BJP-regierten Bundesstaaten Uttar Pradesh, Gujarat, Karnataka und Madhya Pradesh werden die Gesetze gegen das Schlachten streng gehalten.

### Fleischarm und vegetarisch

Das *Pew Research Centre* veröffentlichte im Juli eine Studie, wonach acht von zehn Inder(inne)n angaben, sich fleischarm zu ernähren, und vier von zehn sich als Vegetarier/-innen betrachteten. Das *Pew Research Centre* fand außerdem heraus, dass alle großen in Indien verbreiteten Religionen Vorgaben und Traditionen zur Ernährung haben. Insgesamt befolgen 81 Prozent der Inder/-innen einige Einschränkungen in Bezug auf Fleisch, einschließlich der Verzicht auf den Verzehr bestimmter Fleischsorten oder auf Fleisch an bestimmten Tagen oder beides. Unter den sechs größten religiösen Gruppen Indiens verzichteten einige häufiger auf Fleisch als andere. Die große Mehrheit der Jains gibt an, Vegetarier/-innen zu sein (92 Prozent), nur acht Prozent bei Muslim(inn)en und 10 Prozent der Christ(inn)en. Die Hindus liegen bei 44 Prozent.

### Regionale Parteipräferenzen

Ebenfalls das *Pew Research Centre* veröffentlichte im August die Studie zur Unterstützung der Hindus für Modis Partei je nach Region und Vorstellungen über Ernährung und Sprache. Der BJP werde nachgesagt, dass sie die Interessen der Hindus in den Vordergrund stelle. Hindus waren die religiöse Gruppe, die bei den Parlamentswahlen am ehesten angaben, für die BJP gestimmt zu haben. Laut Studie gibt es aber große Unterschiede im Abstimmungsverhalten von Hindus in den verschiedenen Regionen. Die Umfrage des *Centre* wurde unter rund 30.000 erwachsenen Inder(inne)n durchgeführt. Die regionalen Unterschiede hängen mit den Einstellungen der Hindus zu Themen wie Sprache, Ernährung und Religionsausübung zusammen. Im Jahr 2019 unter-

stützte etwa die Hälfte der Hindu-Wähler/-innen (49 Prozent) die BJP. Einige ihrer höchsten Stimmenanteile erhielt die BJP in den nördlichen (68 Prozent) und zentralen (65 Prozent) Regionen des Landes, etwa Delhi und Uttar Pradesh sowie im Nordosten. Dort erreichte die Zustimmung 73 Prozent. Im Vergleich dazu gaben laut der Umfrage nur 46 Prozent der Hindu-Wähler/-innen im Osten und nur 19 Prozent im Süden an, für die BJP gestimmt zu haben. Regionale Parteien, darunter die *Telangana Rashtra Samithi* und die *Yuvajana Sramika Rythu Congress Party*, erhielten beträchtliche Stimmenanteile im Süden (beide 11 Prozent). Die südlichen Bundesstaaten verfügen in der Regel über ein höheres Pro-Kopf-Einkommen und haben ein schnelleres Wirtschaftswachstum als die meisten nördlichen und zentralen Bundesstaaten erlebt. Außerdem scheinen hinduistische Nationalgesinnungen im Süden weniger Fuß zu fassen. Landesweit sagen 64 Prozent der Hindus, dass es sehr wichtig sei, ein Hindu zu sein, um wirklich indisch zu sein. In der Zentralregion liegt dieser Anteil bei 83 Prozent, im Süden bei 42 Prozent. Eine weitere Kluft zwischen dem Süden und anderen Regionen des Landes markiert die Einstellung zum Schlachten von Kühen und zum Verzehr von Rindfleisch. Die meisten Hindus in den nördlichen und zentralen Regionen (jeweils 83 Prozent) sind der Meinung, dass jemand, der Rindfleisch isst, kein Hindu sein kann, im Vergleich zur Hälfte der südlichen Hindus. Und die Einstellungen zu Rindfleisch und zur Hindu-Identität korrelieren mit der Unterstützung für die BJP.

### Todesstrafe

Als eine Art Todesstrafe ohne Gerichtsverfahren bewerteten viele kritische Stimmen in Indien den Tod des Menschenrechtsaktivisten Stan Swamy. Vidya Bhushan Rawat schrieb in seinem Artikel für *Counter-currents* (*Stan Swamy: Capital Punishment Without Trial*) im Juli, der Tod von Stan Swamy in der Untersuchungshaft zeige, wie das indische Strafrechtssystem zusammengebrochen sei und von der Regierungspartei zur Kriminalisierung von Aktivist(inn)en, Schriftsteller(inn)en, Andersdenkenden und politischen Gegnern benutzt werde. Walter Fernandes schrieb auf derselben Internetplattform, Stan Swamy habe sein Leben für die Sache der Stammesgemeinschaften geopfert, die für ihre Rechte kämpfen. Es sei an der Zeit, dass Menschenrechtsaktivist(inn)en, alle Menschen guten Willens und Medien zusammenkommen, um ein integratives Indien zu fordern. Gemeinsam sollten sie ein Rechtssystem fordern, das

Menschen, die im Namen des Gesetzes solches Unrecht begehen, für ihre Taten verantwortlich macht.

### Parteilichkeit?

Im Juni wurde der vormalige Richter am Obersten Gerichtshof, Arun K. Mishra, zum Vorsitzenden der Nationalen Menschenrechtskommission (NHRC) berufen. Es gab eine Reihe an Einwänden gegen seine Ernennung wegen seiner Nähe zur Unionsregierung und seiner juristischen Einlassungen zu marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Seine Nähe zur Regierungspartei BJP ist kein Geheimnis. Berichten zufolge hatte er Premierminister Modi in unterwürfigen Worten gelobt und damit nicht zuletzt gegen die ethischen Anforderungen an einen Richter des Obersten Gerichtshofs von Indien verstoßen. Die Tatsache, dass fast jeder wichtige Fall, mit dem die Unionsregierung befasst war, vor einem von ihm geleiteten Gericht verhandelt wurde, führte im Januar 2018 zu einer beispiellosen Revolte der Richterkolleg(inn)en am Obersten Gerichtshof. Die unparteiliche Sprache des Rechts bildet die Grundannahme, auf der eine liberale Regierung und der Rechtsstaat stehen.

### Zensur des Kinos?

Im Juni 2021 hat das Ministerium für Information und Rundfunk (MIB) eine Änderung des (Zensur-) Gesetzes zur Kinematographie vorgelegt. Das MIB gab in der Konsultation den Interessenvertreter(inn)en nur zwei Wochen Zeit, um auf die Änderungen des Gesetzes zu reagieren. Die Regierung gab vor, der Gesetzentwurf würde das Verfahren zur Genehmigung von Filmen für die öffentliche Vorführung effektiver und zeitgemäßer machen. Eine genaue Prüfung des Vorschlags lässt jedoch das Gegenteil vermuten und hat eine Flut von Kritik von Produzent(inn)en aus verschiedenen regionalen Branchen, Filmverbänden, Dokumentarfilmemacher(inn)en, Wissenschaftler(inn)en, Anwalt(inn)en und der Zivilgesellschaft ausgelöst. Besonders umstritten ist die Änderung, die der Unionsregierung „Revisionsbefugnisse“ einräumt und „nach Erhalt eines Hinweises“ das *Central Board of Film Certification* (CBFC) anweisen kann, einen bereits zur öffentlichen Vorführung zugelassenen Film erneut zu prüfen. Mit anderen Worten: Ein Film, der von der CBFC ordnungsgemäß genehmigt wurde, kann nach dem Willen der Unionsregierung erneut zensuriert werden.